

## 1 Sozialdemokratische Kinderbetreuungspolitik für Bremen

2  
3 Auch in Zeiten finanzieller Anspannung muss für SozialdemokratInnen eines  
4 feststehen: An Bildung darf nicht gespart werden! In Bremen bedarf es aber  
5 nicht nur höherer Finanzmittel, gerade im Bereich der frühkindlichen Bil-  
6 dung bedarf es auch neuer Ideen. Wir Jusos erkennen in der Kinderbetreu-  
7 ungspolitik ein zentrales Politikfeld zur Verwirklichung von Chancengleich-  
8 heit und sozialer Gerechtigkeit. Gute Kinderbetreuungspolitik leistet in  
9 unseren Augen einen Beitrag für gute Bildung von Anfang an, für das ge-  
10 meinsames Leben und Lernen in sozialen Städten, aber auch für arbeit-  
11 nehmerfreundliche Arbeitsbedingungen und für die Selbstverwirklichung  
12 junger Eltern.

### 13 14 **Weil Lernen schon vor dem Schulstart beginnt!**

15  
16 In den ersten Lebensjahren werden Sprachkenntnisse, Motorik und soziale  
17 Interaktion als wesentliche Fähig- und Fertigkeiten für das spätere Lernen  
18 und für ein selbstbestimmtes Leben insgesamt erworben. Daher nimmt  
19 frühkindliche Bildung für uns Jusos einen zentralen Stellenwert ein: Sie  
20 erfüllt eine Schlüsselfunktion für die Gewährleistung echter Chancen-  
21 gleichheit und gelungener Integration. Diese Ziele kann Kinderbetreuungs-  
22 politik aber nur dann erreichen, wenn Kinder aus bildungsfernen Schichten  
23 sowie aus Familien mit einem sogenannten Migrationshintergrund in beson-  
24 ders starkem Maße Adressaten unserer Politik sind.

### 25 26 **Weil auch Frauen finanziell unabhängig sein möchten!**

27  
28 Ein auf frühkindliche Bildung ausgerichtetes Kinderbetreuungsangebot ist  
29 auch für Eltern bedeutsam. Denn nur wenn die Kinder betreut werden,  
30 können die Eltern auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden, finanzielle Unab-  
31 hängigkeit von staatlichen Transferleistungen gewinnen und Selbstwertge-  
32 fühl aufbauen. Finanzielle Unabhängigkeit gewinnt man jedoch in der Regel  
33 nicht über die Ausübung einer auf Teilzeit ausgelegten Stelle. Dies ist nicht  
34 zuletzt gleichstellungspolitisch von besonderer Bedeutung, denn noch im-  
35 mer sind es überwiegend Frauen, die unbezahlte Erziehungsleistungen  
36 übernehmen und so besonders häufig von prekären Beschäftigungsverhält-  
37 nissen und Altersarmut betroffen sind. Gerade auch für Alleinerziehende  
38 muss die Ausübung einer Vollzeittätigkeit ermöglicht werden. Vor diesem  
39 Hintergrund erkennen wir als Jusos die Notwendigkeit einer Ganztagsbe-  
40 treuung an.

### 41 42 **Weil anspruchsvolle Arbeit fair entlohnt werden muss!**

43  
44 Frühkindliche Bildung ist auf qualifiziertes und engagiertes Betreuungspersonal  
45 angewiesen. Dazu gehört auch, dass Kinder in Tageseinrichtungen von  
46 Männern wie von Frauen betreut werden. Der Anteil von männlichen Be-  
47 treuungspersonen in den Einrichtungen ist deutlich zu erhöhen. Um dieses  
48 Personal zu gewinnen, müssen attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen  
49 werden, die sowohl die Motivation als auch (Weiter-)Qualifizierung der Ar-

50 beitnehmer befördern. Nur so kann gute Betreuung für alle Kinder stattfin-  
51 den und dem Anspruch "Gute Arbeit" zu tatsächlicher Geltung verholfen  
52 werden.

53

54

### 55 Was Bremen noch tun muss

56

57 Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Schwerpunkt der Arbeit des rot-  
58 grünen Senats. Trotz der prekären Haushaltslage wurden nennenswerte  
59 Schwerpunktmittel für den Bereich bereit gestellt und damit ein politisches  
60 Signal gesetzt. Aber das reicht uns Jusos nicht. Um die Potentiale, die gute  
61 frühkindliche Bildung für die Menschen in unseren Städten bietet, voll aus-  
62 zuschöpfen, muss Bremen konsequent sozialen Zusammenhalt und Chan-  
63 cengleichheit in den Vordergrund rücken.

64

#### 65 • **Konsequent nach Sozialkriterien ausbauen**

66

67 Kinderbetreuungs politik ist zugleich Bildungs-, Sozial- und Integrationspoli-  
68 tik. Damit Bildungserfolge erzielt werden können sowie sozialer Aufstieg  
69 und Integration gelingen kann, muss mittelfristig allen Kindern in allen  
70 Stadtteilen eine ganztägige Betreuung zur Verfügung stehen. Der Ausbau  
71 der Kinderbetreuung muss dabei nach sozialpolitischen Notwendigkeiten  
72 erfolgen, also zunächst in jenen Stadtteilen, in denen der soziale Zusam-  
73 menhalt am stärksten gefährdet ist. In der Stadtgemeinde Bremen erfolgt  
74 die derzeitige Steuerung jedoch über Sozialindikatoren, die einerseits auf  
75 veralteten Daten beruhen und andererseits nur auf die grobe Stadtteilebe-  
76 ne bezogen sind. Diese Steuerung muss überarbeitet und der Ausbau konse-  
77 quent anhand der sozialen Bedarfslage forciert werden!

78

#### 79 • **Potentiale der öffentlichen Hand nutzen**

80

81 Kinderbetreuung ist vor allem in sozialen Brennpunkten überaus anspruchs-  
82 voll. Städtische Träger übernehmen in diesen Stadtteilen besonders viel  
83 Verantwortung. Denn gemäß dem sogenannten 'Subsidiaritätsprinzip' des  
84 Bundesgesetzgebers springen sie nur dort ein, wo kein anderer Träger Inte-  
85 resse zeigt. Diese Ausrichtung der Kinderbetreuungs politik ist nicht sinn-  
86 voll. Über eine Stärkung der stadteigenen Trägerschaft hingegen können  
87 die Städte schneller und leichter Einfluss nehmen auf die Qualifizierungs-  
88 standards und nicht zuletzt auf die Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen.  
89 Die städtischen Träger können so nicht nur ihr besonderes Engagement in  
90 sozialen Brennpunkten gestärkt wahrnehmen - qualitativ hochwertige öf-  
91 fentliche Kinderbetreuung kommt Eltern und Kindern in allen Stadtteilen  
92 entgegen.

93

#### 94 • **Weichen für gemeinsames Lernen stellen**

95

96 Chancengleichheit kann frühkindliche Bildung nur dann erzielen, wenn in  
97 den KiTas, Krippen und sonstigen Betreuungseinrichtungen Kinder aus allen  
98 sozialen Schichten und mit unterschiedlichen Bildungshintergründen zu-  
99 sammenkommen. Nur mit dem notwendigen Maß an sozialer Durchmischung  
100 kann das Erleben von Heterogenität, das Lernen von- und miteinander und

101 der Erwerb von sozialen Kompetenzen erfolgreich stattfinden. In der  
102 Schulbildung ist dies schon seit Jahrzehnten anerkannt. In der frühkindli-  
103 chen Bildung hingegen ist es nach wie vor Prinzip, die Kinderbetreuung  
104 etwa nach Religion oder Weltanschauung aufzutrennen - ein Prinzip, das  
105 noch aus Bismarcks Zeiten stammt und vor dem Hintergrund eingerichtet  
106 wurde, Kinder in den Einrichtungen lediglich aufzubewahren. Den heutigen  
107 Bedürfnissen von Städten mit hohem sozial- und integrationspolitischen  
108 Handlungsbedarf kann das nicht mehr gerecht werden. Längst hängen in  
109 Deutschland etwa religiöse Orientierung und Migrations- und sozialer Hin-  
110 tergrund eng zusammen. Daher bedarf es einer weit stärkeren Versorgung  
111 mit weltanschaulich neutralen Trägern, damit nicht Kinder, gerade musli-  
112 mischer Religionszugehörigkeit, ausgegrenzt und im sozialen Umfeld iso-  
113 liert werden.

114

#### 115 • **Kinder erwerbstätiger und erwerbsloser Eltern gleich behandeln**

116

117 In Bremen wird zwischen Kindern von Erwerbstätigen und Erwerbslosen  
118 unterschieden. Diese Praxis ist bildungspolitisch nicht zu begreifen und  
119 pädagogisch unsinnig. Während niemand auf die Idee kommt, Kinder von  
120 erwerbslosen Eltern weniger Schulstunden zuzugestehen, wird die Betreu-  
121 ungszeit entsprechender Kleinkinder in Bremer KiTas, Krippen und sonsti-  
122 gen Kleinkindgruppen rigoros auf 25 Stunden gekürzt. Durch diese Praxis  
123 wird nachweislich kein einziger zusätzlicher Betreuungsplatz geschaffen  
124 und die Einspareffekte sind angesichts der massiven Ungleichbehandlung  
125 vernachlässigbar.

126

127

#### 128 • **Kostenfreie Bildung von Anfang an**

129

130 Langfristig sollte für SozialdemokratInnen die Abschaffung aller Kinderbe-  
131 treuungsgebühren unbedingtes Ziel sein, denn auch frühkindliche Bildung  
132 sollte wie Schul- und Hochschulbildung kostenfrei und zugänglich für Alle  
133 sein. Mittelfristig kann dabei die Streichung der ohnehin niedrigen Gebüh-  
134 ren für erwerbslose Eltern einen spürbaren Beitrag zu einer gerechteren  
135 Kinderbetreuungsfinanzierung leisten. Entsprechende Eltern wird es  
136 dadurch erleichtert, ihre Kinder in frühkindliche Bildungseinrichtungen zu  
137 geben, da ihr ohnehin geringes Haushaltsbudget nicht zusätzlich belastet  
138 wird. Eine weitere Anhebung der Kinderbetreuungsgebühren - wie unlängst  
139 im Zuge des KiTa-Konzepts angekündigt - ist vor diesem Hintergrund für uns  
140 Jusos nicht zielführend.

141

#### 142 • **Mehr Fairness und soziale Gerechtigkeit in der Tagespflege**

143

144 Solange nicht jedes Kind in Bremen seinen Anspruch auf einen öffentlichen  
145 Betreuungsplatz durchsetzen kann, ist man auch auf das Engagement von  
146 Tagesmüttern und -vätern dringend angewiesen. Das System Tagespflege,  
147 wie es sich in Bremen etabliert hat, kann jedoch aus sozialdemokratischer  
148 Sicht nicht länger hinnehmbar sein. Zum einen, da sich der Verdienst einer  
149 Tagesmutter bzw. -vaters, und nur unter bestimmten Voraussetzungen, auf  
150 maximal 9 Euro / Stunde beläuft, wobei Zeiten, in denen beispielsweise  
151 Essen und Bastelutensilien vorbereitet oder die Betreuungsräume gesäubert

152 werden, nicht abrechenbar sind. Gut leben kann man von diesem Geld  
153 nicht. Dies ist für uns Jusos, die wir andernorts für einen gesetzlichen Min-  
154 destlohn streiten, nicht hinnehmbar. Verständlich aus Sicht der Tagesmüt-  
155 ter und -väter erscheint uns daher, wenn diese neben ihrem von der Stadt  
156 Bremen festgesetzten Verdienst pro Kind und Betreuungszeit, einen Son-  
157 derbeitrag von den Eltern einfordern. Dieser Sonderbeitrag kann gut und  
158 gerne mehr als 100 Euro im Monat ausmachen und hindert daher vor allem  
159 jene Eltern ihre Kinder in Betreuung zu geben, die es häufig am dringends-  
160 ten benötigen. Das System Tagespflege alimentiert demnach die sozial bes-  
161 ser gestellten - dies sollte sich aus jungsozialistischer Sicht zügigst ändern.

162

#### 163 • Mehr Personal in die öffentliche Verwaltung

164

165 Seit Jahren schrumpft die Belegschaft in der öffentlichen Verwaltung der  
166 Hansestadt und das obwohl die anfallende Arbeit nicht im gleichen Maße  
167 abnimmt. Überbelastung und Erschöpfung der MitarbeiterInnen sind die  
168 Konsequenzen. Aber auch Eltern und das Tagespflegepersonal leiden unter  
169 dem Personalabbau, da wichtige Anträge nicht zeitnah bearbeitet werden  
170 können. Ungewissheit über den zu zahlenden Betreuungssatz und die Angst  
171 auf den Kosten letzten Endes sitzen zu bleiben, sind die Folge für die El-  
172 tern; die Verzögerungen der Lohnauszahlung die Konsequenz für die Be-  
173 treuerInnen. Weder die Situation der VerwaltungsmitarbeiterInnen noch die  
174 der Eltern und Betreuungskräfte ist für uns JungsozialistInnen hinnehmbar.

175

#### 176 • Einnahmesituation verbessern

177

178 Kinderbetreuung kostet Geld, das wissen auch wir Jusos. Um möglichst  
179 schnell Fortschritte zu erzielen, muss notwendigerweise die Einnahmesitu-  
180 ation der Kommunen, der Länder und des Bunds verbessert werden. Die  
181 kann geschehen, wenn der Bund die bisher für die Einkommensstaffelung  
182 beim Elterngeld und zukünftig nach dem Willen von Schwarz-Gelb auch  
183 noch für ein Betreuungsgeld aufgewendeten Mittel für den Ausbau der Kin-  
184 derbetreuung umwandelt. Weil Kinderbetreuung Erwerbsarbeit der Eltern  
185 und somit Lohnsteuerzahlung ermöglicht, werden außerdem zusätzliche  
186 Einnahmen generiert. Gleichzeitig muss auch Bremen seine Einnahmemög-  
187 lichkeiten konsequent ausschöpfen, etwa durch eine Anhebung des Hebe-  
188 satzes der Gewerbesteuer.

189

190

#### 191 Die Thesen und Forderungen der Jusos:

192

193 1. Kinderbetreuung in KiTas, Krippen und sonstigen Betreuungseinrichtun-  
194 gen ist nicht nur Betreuung von Kindern während der Arbeitszeit ihrer El-  
195 tern, sondern frühkindliche Bildung. Sie bietet enorme Potentiale für die  
196 Verwirklichung des Leitziels sozialer Städte.

197

198 2. Der gegenwärtige Ausbau der Kindertagesbetreuung muss konsequent  
199 unter dem Gesichtspunkt der Herstellung von Chancengleichheit gesehen  
200 werden. Er muss stets zuerst dort erfolgen, wo der frühkindliche Bildungs-  
201 bedarf am höchsten ist. Eine Steuerung entlang aktueller Sozialindikatoren  
202 auf Ortsteilebene erkennen wir dabei als notwendig.

203

204 3. KiTas in sozialen Brennpunkten brauchen politische Rückendeckung. KiTa  
205 Bremen übernimmt in der Stadtgemeinde Bremen in diesen Stadtteilen be-  
206 sondern viel Verantwortung - ihn zu besonderen Sparrunden heranzuziehen,  
207 ist Kürzen in den sozial schwächsten Gebieten. Damit muss Schluss sein!

208

209 4. Ein demokratisch verantworteter Träger in öffentlicher Hand bietet die  
210 Möglichkeit, besonders gut auf eine hohe Betreuungsqualität und gute Ar-  
211beitsbedingungen einwirken zu können. Der Senat muss dieses Potential  
212 erkennen und nutzen.

213

214 5. Chancengleichheit bedingt, dass in den KiTas, Krippen und sonstigen  
215 Kinderbetreuungseinrichtungen Kinder aus allen sozialen Schichten zusam-  
216 menkommen. Die Trägerlandschaft muss diesem Umstand Rechnung tragen:  
217 Es bedarf einer ausreichenden Versorgung mit weltanschaulich neutralen  
218 Trägern, insbesondere da es in Bremen eine hohe konfessionelle Heteroge-  
219 nität gibt. Dabei kann dem öffentlichen Träger eine Schlüsselrolle zukom-  
220 men. Damit dieser künftig nicht mehr nur Lücken füllt, sondern zielgerich-  
221 tet zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts eingesetzt werden kann, ist  
222 das Subsidiaritätsprinzip abzuschaffen.

223

224 6. Die anhaltende Ungleichbehandlung von Kindern erwerbstätiger und er-  
225 werbsloser Eltern ist nicht hinnehmbar. Die sofortige Aufhebung der 25-  
226 Stunden-Beschränkung ist daher dringend notwendig, damit zukünftig gilt:  
227 Gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig vom Beschäftigungssta-  
228 tus der Eltern.

229

230 7. Wenn nicht anders von den Eltern gewünscht, sollte eine Ganztagsbe-  
231 treuung (40 h/Woche) das Ziel aller Anstrengungen sein.

232

233 8. Langfristig müssen SozialdemokratInnen auf kostenfreie KiTa- und Krip-  
234 penplätze in ausreichender Menge hinarbeiten. Auf dem Weg dorthin trägt  
235 mittelfristig die Gebührenbefreiung von erwerbslosen Eltern zu einer ge-  
236 rechteren Kinderbetreuungsfinanzierung bei. Weitere Steigerungen der  
237 Kinderbetreuungsgebühren sind nicht zielführend.

238

239 9. Die Tagespflege in Bremen muss neu strukturiert werden. Es gilt zu ver-  
240 hindern, dass das Tagespflegepersonal finanziell ausgebeutet und Kinder  
241 sozial besser Gestellter privilegiert werden.

242

243 10. Der Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung muss beendet wer-  
244 den.

245

246 11. Mehr Mittel für die Kinderbetreuung schaffen: Gewerbesteuer in Bre-  
247 men anheben sowie Betreuungsgeld und Einkommensstaffelung beim El-  
248 terngeld umleiten in die Verbesserung der Infrastruktur der Kinderbetreu-  
249 ung.